

Vertane Chancen

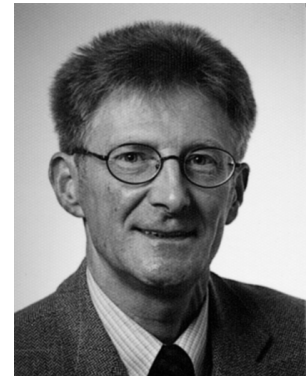
Endlich hat sich auch in Deutschland ein Aufschwung herausgebildet, der diesen Namen verdient. Die konjunkturelle Expansion hat sich in diesem Jahr spürbar verstärkt. Sie wird nicht mehr nur von der Nachfrage aus dem Ausland getragen, sondern zunehmend auch von der Binnennachfrage. Treibende Kraft sind hier die Investitionen der Unternehmen. Auch im Bau ist nach zehn Jahren Rückgang wieder eine Aufwärtstendenz erkennbar, zum Teil allerdings aufgrund von Sonderfaktoren. So werden im Wohnungsbau – gefördert durch die bevorstehende Mehrwertsteuererhöhung – verstärkt Baugenehmigungen abgearbeitet, die vorsorglich noch vor der Abschaffung der Eigenheimzulage beantragt worden waren.

Beim privaten Verbrauch kommt die Erholung dagegen immer noch nur schleppend voran. In der zweiten Jahreshälfte wird aber auch er an Schwung gewinnen. Dafür spricht schon, dass wegen der bevorstehenden Mehrwertsteuererhöhung in größerem Umfang Käufe von langlebigen Konsumgütern vorgezogen werden. Überdies dürfte sich die Besserung am Arbeitsmarkt allmählich positiv auswirken. Die Zahl der Erwerbstätigen ist im Laufe dieses Jahres spürbar gestiegen und die Zahl der Arbeitslosen deutlich gesunken. Besonders erfreulich ist dabei, dass erstmals seit fünf Jahren die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wieder merklich zugenommen hat.

Alles in allem ist 2006 konjunkturell ein gutes Jahr. Das zeigt auch das im Oktober vorgelegte Gemeinschaftsgutachten der sechs Wirtschaftsforschungsinstitute. Sie erwarten für dieses Jahr einen Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um 2,3%. Die Zahl der Erwerbstätigen soll um 200 000 steigen und die Arbeitslosenzahl um 340 000 auf 4,52 Millionen sinken. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen nimmt dabei allerdings nur wenig ab; ihr Anteil an den Arbeitslosen hat sich trotz der Arbeitsmarktreflexionen im Laufe dieses Jahres auf fast 45% erhöht.

Für das kommende Jahr erwarten die Institute allerdings schon wieder eine Abkühlung der Konjunktur. Ausschlaggebend dafür ist die restriktive Finanzpolitik. So wird zur Haushaltskonsolidierung unter anderem der Regelsatz der Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte angehoben, und es werden forciert Steuervergünstigungen abgebaut. Zwar wird im Gegenzug der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung gesenkt. Gleichwohl ergeben sich zusätzliche Belastungen insbesondere für die privaten Haushalte in einer Größenordnung von 20 Mrd. Euro. Für die gerade erst in Fahrt gekommene Binnennachfrage bedeutet das einen deutlichen Dämpfer. Die Institute erwarten deshalb für 2007 nur noch ein Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts um 1,4%. Der Beschäftigungsaufbau wird sich im Jahresverlauf 2007 fortsetzen, allerdings wegen der schwächeren Konjunktur in deutlich geringerem Tempo als in diesem Jahr. Die Zahl der Arbeitslosen wird trotz eines deutlichen Rückgangs im Jahresdurchschnitt im Jahresverlauf nur noch wenig abnehmen.

Trotz der deutlichen Verbesserung der konjunkturellen Lage bestehen die fundamentalen Probleme der deutschen Wirtschaft – ein im internationalen wie auch historischen Vergleich flacher Wachstumstrend und eine hohe strukturelle Arbeitslosigkeit – fort. Insofern gibt es für die Wirtschaftspolitik weiterhin erheblichen Handlungsbedarf. Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag vier Bereiche genannt, bei denen sie ansetzen will: Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, Reform des Gesundheitswesens, Reform der Unternehmensbesteuerung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Zwar lässt sich das Programm noch nicht abschließend beurteilen. Das, was bereits beschlossen oder absehbar ist, stimmt aber nicht unbedingt optimistisch, denn es bleibt deutlich hinter



Eckhardt Wohlers

dem zurück, was zu einer nachhaltigen Verbesserung der Wachstums- und Beschäftigungsbedingungen notwendig wäre.

Durch die von der Regierung beschlossenen Maßnahmen wird das Defizit in den öffentlichen Haushalten zwar deutlich verringert; die Defizitquote wird nach der Prognose der Institute 2007 nur noch 1,4% betragen. Die Konsolidierung erfolgt aber in erster Linie über die Einnahmenseite des Budgets. Das ist das Gegenteil dessen, was unter Wachstumsaspekten geboten wäre. Die Regierung begründet ihr Vorgehen mit einer strukturellen Unterfinanzierung des Haushalts, die den Raum für die Erfüllung der Staatsausgaben einengt. Dieses Argument ist aber nicht überzeugend, denn es unterstellt, dass das derzeitige Niveau der Staatsausgaben zwingend notwendig sei. Dies wird von den Instituten bezweifelt; sie sehen noch erheblichen Spielraum für Ausgabenkürzungen.

Anlass zur Sorge gibt die derzeitige Diskussion um die Verwendung der kräftig gestiegenen Steuereinnahmen. Dabei handelt es sich zum überwiegenden Teil um konjunkturbedingte Mehreinnahmen. Solche Einnahmen können nicht zur Finanzierung neuer Ausgaben verwendet werden, die auch dann fortbestehen würden, wenn die Konjunktur wieder schwächer läuft und die Steuerquellen nicht mehr so kräftig sprudeln. Deshalb sollten sie in erster Linie zur Reduzierung der Neuverschuldung verwendet werden. Anders ist es mit den Überschüssen der Arbeitslosenversicherung. Sofern sie auf strukturelle Reformen wie die Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes zurückgehen, könnten – und sollten – sie zur Senkung der Beitragssätze verwendet werden.

Mit der geplanten Reform der Unternehmensbesteuerung soll die Attraktivität des Standortes Deutschland für in- und ausländische Investoren verbessert werden. Die vorliegenden Eckpunkte wecken aber erhebliche Zweifel, ob dieses Ziel erreicht wird. Zwar bringen sie durchaus Verbesserungen gegenüber dem Status quo. So soll die steuerliche Belastung von Kapitalgesellschaften auf rund 30% begrenzt werden, und auch für Personengesellschaften wird eine Entlastung angestrebt. Die Einnahmeausfälle sollen aber zum Teil durch eine systemwidrige Besteuerung von Fremdkapitalkosten und eine Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen in Grenzen gehalten werden. Von daher ist die Unternehmensteuerreform in der vorgesehenen Form nicht der große Wurf.

Der Gesundheitsreform ist deutlich anzumerken, dass sie ein Kompromiss aus zwei eigentlich nicht miteinander vereinbaren Grundpositionen ist. Der vorliegende Gesetzentwurf bringt nach Ansicht der Institute keinen Durchbruch. Sie sind sehr skeptisch, ob das darin skizzierte Konzept zu mehr Effizienz und Transparenz im Gesundheitswesen führt. Sie erwarten von den Plänen der Regierung zumindest kurzfristig keine Kostenentlastungen, sondern Mehrkosten beim Faktor Arbeit; eine Anhebung der Beitragssätze ist ja bereits angekündigt. Besonders kritisch sehen die Institute den geplanten Gesundheitsfonds; er bringt kaum Effizienzgewinne, aber zusätzliche Kosten und mehr Bürokratie.

Eine von der Bundesregierung eingesetzte Arbeitsgruppe soll noch in diesem Jahr Vorschläge zur Weiterentwicklung der Hartz-Reformen und zur Reform des Niedriglohnssektors vorlegen. Die gegenwärtige Diskussion krankt allerdings daran, dass sie von Regierungsseite mehr unter dem Aspekt geführt wird, die Kosten für den Fiskus zu begrenzen, als die Beschäftigungschancen der Niedrigqualifizierten generell zu verbessern. Es ist deshalb zu befürchten, dass die Probleme im Niedriglohnsektor wiederum nicht umfassend angegangen werden, sondern dass es erneut nur zu partiellen Maßnahmen für bestimmte Gruppen kommt. Einige der diskutierten Maßnahmen wie etwa die Einführung eines Mindestlohns könnten unter Wachstums- und Beschäftigungsaspekten sogar kontraproduktiv sein. Auch für die Arbeitsmarktpolitik könnte somit letztlich gelten: gut gemeint, aber schlecht gemacht.